

KIEL Schleswig-Holstein will religiösen Extremismus stärker bekämpfen

Berater werden ab 1. Mai auch in Kiel und Lübeck eingesetzt

Kiel. Schleswig-Holstein will den Kampf gegen religiös motivierten Extremismus verstärken. "Wir setzen auf Prävention, Intervention und Netzwerkarbeit", sagte Innenminister Stefan Studt (SPD) am Dienstag in Kiel. Es gehe in erster Linie darum, das Demokratieverständnis Heranwachsender zu festigen und den Kreislauf von Diskriminierung und Radikalisierung zu durchbrechen. Ein Schwerpunkt liege auf der Salafismus-Prävention, da der Salafismus die derzeit dynamischste islamistische Bewegung sei.

Eine Landeskoordinierungs- und Beratungsstelle in der Trägerschaft der Türkischen Gemeinde in Schleswig-Holstein kümmert sich laut Innenministerium seit Anfang April vor allem um junge Menschen, die in Gefahr sind, sich religiös zu radikalieren. Hier ist derzeit eine Mitarbeiterin tätig. Ab 1. Mai werden je ein weiterer Berater in Kiel und Lübeck eingesetzt. Sie unterstützen auch Eltern und Angehörige.

Zu den Aufgaben der Koordinierungsstelle gehören demnach auch pädagogische Arbeit und politische Bildung in Schulen, Jugendeinrichtungen und Kitas. In Fortbildungen sollen Pädagogen befähigt werden, auf religiös motivierte Verhaltensweisen angemessen zu reagieren. Zudem sollen Einrichtungen wie muslimische Vereine, Schulen oder Elternverbände landesweit vernetzt werden, um das zivilgesellschaftliche Engagement zu stärken, so das Ministerium.

Für Entwicklung und Umsetzung von Projekten zu den Themen religiöser Extremismus und Islamfeindlichkeit stehen laut Ministerium jährlich rund 30.000 Euro zur Verfügung. Die Projekte sollen in Zusammenarbeit mit islamischen Religionsgemeinschaften und muslimischen Verbänden entstehen. Eine erste Kontaktaufnahme zu Fachleuten ist über die Hotline mit der Nummer 0431/988 34 34 möglich. Die Landeskoordinierungsstelle steht unter Tel. 0431/988 31 51 für Fragen zu regionalen Projekten bereit.